

Man wird erwarten haben, es nannte die anderen Mächte allein weiterzuerhandeln, oder es sei, entsprechend dem Versailler Vertrag, Deutschland die ihm garantierte Gleichberechtigung zugesichert worden.

Verklärung der Festungshaft

Berlin, 9. Aug. Im Zusammenhang mit den Maßnahmen des Reiches gegen den politischen Terror ist eine schon seit längerer Zeit vorbereitete, auf dem Gebiete des Strafvollzugs liegende Reformarbeit zum Abschluss gebracht worden. Die Reichsregierung veröffentlicht im Reichsgesetzblatt eine Vereinbarung der Landesregierungen über den Vollzug der Festungshaft, die im Frühjahr dieses Jahres zustande gekommen ist, nachdem ihre Entwürfe zunächst im Januar dieses Jahres mit den Strafvollzugsreferenten der Länder und dann im März im Reichspflegerausschuss des Reichsrates durchberaten worden waren. Die neuen Grundsätze tragen der erhöhten Bedeutung Rechnung, die die Festungshaft als Strafe für die leichteren Fälle des Hochverrats in den Nachkriegsjahren gewonnen hat. Sie gestalten den Vollzug der Festungshaft strenger als er bisher war. Das von den Ländern anerkannte Bedürfnis der Reform ergab sich aus schweren Missetaten, die eine Folge der weitgehenden Freiheiten der bisherigen Vollzugsmethode waren. Künftig soll es keinen unbeaufsichtigten Stadtausgang mehr geben, und die bisher sehr ausgedehnte Bewegungsfreiheit der Gefangenen innerhalb der Anstalt wird in den neuen Vorschriften dadurch beschränkt, daß eine tägliche sechsstündige Beschäftigungszeit und der Verschluß der Hafträume während dieser Zeit eingeführt werden. Während der übrigen Tageszeit soll ein Haftraum nur verschlossen werden, wenn es die Ordnung oder Sicherheit erfordert. Die neuen Grundsätze werden die Landesregierungen gemäß der Vereinbarung innerhalb von drei Monaten seit der Bekanntmachung zur Durchführung bringen.

Die Sondergerichte gegen den politischen Terror

Berlin, 9. Aug. Zu der Frage der in dem heute veröffentlichten Communiqué über die Bekämpfung des politischen Terrors erwähnten Sondergerichte erfahren wir noch, daß ihre Einrichtung zunächst nur in Preußen ins Auge gefaßt ist, und zwar für folgende Provinzen: Berlin-Brandenburg, Ostpreußen, Schleswig-Holstein, Schlesien und Rheinland-Westfalen (Ruhrgebiet).

Blätterstimmen zur Terror-Notverordnung

Berlin, 10. August. Die neuen Maßnahmen der Reichsregierung zur Bekämpfung der politischen Ausschreitungen werden von den meisten Morgenblättern eingehend kommentiert.

Die „Völkische Zeitung“ fordert, daß die Anwendung der neuen Bestimmungen wirklich unvoreingenommen gegen jeden Rechtsbrecher erfolgen müsse, welchen Symbolen er auch anhängen möge.

Die „Germania“ kritisiert die scharfe Haltung der Regierung und meint, es sei schwer, sich zu vergegenwärtigen, wieviel Vertrauen in die Autorität des Rechtschutzes, den ein Ordnungsstaat gewährleisten müsse, in dieser kurzen Spanne Zeit, in der der Terror wüthete, verloren gegangen sei. Das sei für den Staat, seine Ordnung und Gemeinschaftsleben ein nie mehr voll einzuholender Verlust. Man werde den Gedanken nicht los, daß für die Verhinderung der jetzt unerlässlichen Maßnahmen politische Erwägungen mitbestimmend gewesen seien, die keine Rolle spielen dürften, wo die Autorität des Staates und des Rechts in Gefahr gewesen sei.

Der „Vorwärts“ sagt, wenn man die amtliche Erläuterung der noch nicht veröffentlichten Notverordnung ansieht, hat man den Eindruck, daß hier ein großer Aufwand schamlos vertan wird, ohne daß durch alle diese scharfen und scharfsten Maßnahmen irgendwie der normale Zustand wieder hergestellt würde, wie er vor der gewalttätigen Entfernung der verfassungsmäßigen Preußenregierung bestand.

Das „Tageblatt“ ist der Ansicht, daß es zunächst sehr viel darauf ankomme, daß das neue Recht mit voller Schärfe und Gerechtigkeit gegen diejenigen angewendet werde, die die Verantwortung für die Terrorakte der letzten Woche trügen.

Der „Lokalanzeiger“ vermißt die Ankündigung der Todesstrafe für diejenigen Personen, die bei Attentaten mit der Waffe in der Hand ergriffen werden. Die verschiedenen Ankündigungen der letzten Notverordnung hätten allgemein die Erwartung aufkommen lassen, daß eine derartig scharfe Strafe in Aussicht stünde.

Der „Tag“ betont, daß die Staatsautorität angefaßt der tiefgreifenden Unruhe sinnfällig in Erscheinung treten müsse und ein höheres regelndes Prinzip an die Stelle von Wutrede und „Notwehr“ der Parteien gesetzt werden müsse. Es bleibe abzuwarten, ob der Ruf der Staatsmacht überall als das Empfundene werde, was er bedeute: Mahnung zur Selbstbesinnung, Einschränkung von Hemmungen, Hinweis auf die höchste Schlichtungsmacht, die uns allen gelehrt sei.

Die „D.A.Z.“ gibt der Hoffnung Ausdruck, daß der Begriff des „Burgfriedens“ jetzt endlich in seine vollen Rechte trete, nachdem wir bisher nur ein Zerbild davon erlebt hätten.

Beamtenwirtschaftsverein Berlin stellt Zahlungen ein

Berlin, 9. August. Der Beamtenwirtschaftsverein zu Berlin, die seit 30 Jahren bestehende große Konsumgenossenschaft, hat sich im Interesse der Sicherstellung ihrer Gläubiger, in erster Linie der Sparer, genötigt gesehen, die Zahlungen einzustellen. Sie strebt einen Vergleich an, der auf eine volle Befriedigung der Spargläubiger abzielt.

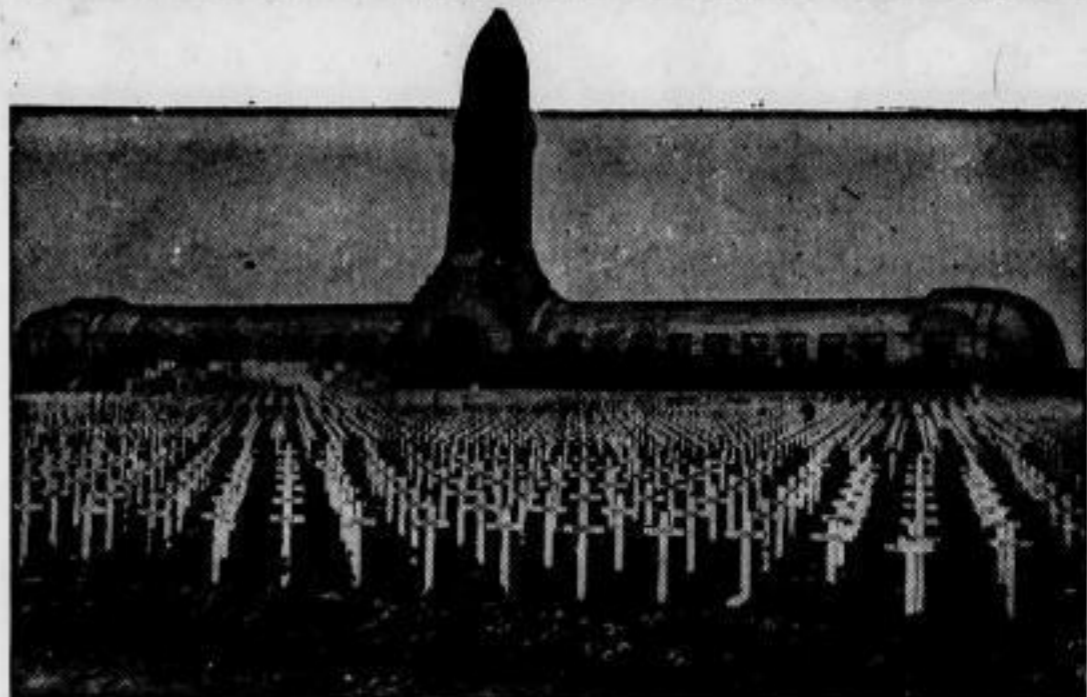
Die Vorbereitungen zur Einleitung des gerichtlichen Vergleichsverfahrens sind im Gange. Der Warenverteilungsbetrieb wird uneingeschränkt aufrechterhalten.

Der Wirtschaftsverein, der seit mehr als 30 Jahren besteht, hat mit 134 Vertretungsstellen, einem Warenhaus, eigenen Produktionsgroßbetrieben, darunter einer der größten Brot- und Gebäckfabriken Berlins, sowie einer Reihe weiterer Einrichtungen fast über 120.000 Mitglieder und einen Jahresumsatz von weit über 20 Millionen Reichsmark. Dazu trat noch die Verwaltung einer umfangreichen Sparkasse.

Wenn auch die Sanierung des Unternehmens vorläufig noch großen Schwierigkeiten begegnet, so ist doch zu hoffen, daß wenigstens die Sparer nicht geschädigt werden, ein Umstand, der, wenn er eintreffen sollte, das Bedauerlichste an der ganzen Zahlungseinstellung des Instituts wäre.

400.000 Verdun-Kämpfer liegen hier begraben

Das riesige Totenhaus, das in Douaumont bei Verdun zur Erinnerung an die 400.000 Gefallenen der furchtbarsten Schlacht des Weltkrieges feierlich eingeweiht wurde. Der erschütternde Eindruck der weiten Grabtreuefelder rings um das Monument veranlaßte die beiden Redner, Staatspräsident Lebrun und Kriegsminister Boncour keineswegs zu dem Ruf „Nie wieder Krieg“, sondern vielmehr zu dem Appell „Mehr Sicherheit!“



Wird Hitler Reichskanzler?

Beginn der Verhandlungen über die Regierungsbildung — Dr. Meißner und Schleicher wieder in Berlin — Schleichers Unterredung mit Hitler — Hitler oder nicht!

Berlin, 9. Aug. Da Reichspräsident von Hindenburg am Mittwoch wieder in Berlin eintrifft, ist Staatssekretär Meißner bereits heute aus seinem Urlaub zurückgekehrt. Ebenso ist Reichswehrminister von Schleicher seit heute nachmittag wieder im Amt. Von unterrichteter Seite wird bestätigt, daß er in den letzten Tagen die hier bereits gemeldete Unterredung mit Adolf Hitler gehabt hat, und zwar hat sie im Auftrage des Reichskanzlers mit dem Zweck stattgefunden, festzustellen, was der Führer der Nationalsozialisten in der Regierungsfrage überhaupt will. Es liegt auf der Hand, daß der Reichskanzler darüber orientiert sein muß, wenn er dem Reichspräsidenten morgen über die innerpolitische Lage Vortrag hält. In der Tat dürfte nun die Antwort, die Adolf Hitler gegeben hat, der Stellungnahme entsprechen, die in der nationalsozialistischen Presse mit der Formel „Hitler oder nicht!“ zum Ausdruck kommt. Der „Angriff“ hat diese These bereits in der Montagsausgabe aufgestellt, und er hat sich heute einem Berliner Vormittagsblatt gegenüber energisch dagegen verwahrt, daß er nur das Sprachrohr einer angeblichen oppositionellen Strömung innerhalb der NSDAP sei. Gerade in so entscheidenden Fragen wie der Regierungsbildung, schreibt der „Angriff“, würde kein nationalsozialistisches Organ die Disziplinlosigkeit begehen, in der Öffentlichkeit eine andere Meinung zu äußern als die des Führers. In der gegenwärtigen Lage gäbe es in der nationalsozialistischen Bewegung über den einschlagenden Kurs überhaupt nur eine Meinung, und das sei die des Adolf Hitlers.

Diese Äußerung wird noch schärfer prononciert durch einen Artikel der nationalsozialistischen Korrespondenz, in dem klipp und klar gesagt wird, daß das Ergebnis der Reich-

tagswahl seinen Niederschlag nicht in einer Beteiligung der NSDAP an der Regierung finden könnte, sondern nur darin, daß der Führer der nationalsozialistischen Bewegung vom Reichspräsidenten zur Führung eines Kabinetts der Persönlichkeiten berufen werde, das der Stärke und Bedeutung der nationalsozialistischen Bewegung Rechnung trage. Die Auffassung des Herrn Reichspräsidenten, den Charakter des Reichskabinetts als eine überparteiliche Regierung aufrecht zu erhalten, liege durchaus in der Linie der Auffassung der NSDAP. Aber jeder andere Versuch einer Regierungsbildung, als er von der Nationalsozialistischen Korrespondenz gefordert wird, werde unverföhnlichen Kampf finden.

In politischen Kreisen ist man der Auffassung, daß man zunächst abwarten muß, wie weit dieser Standpunkt zur Regierungsbildung in den Verhandlungen zwischen dem Reichskanzler von Papen und der nationalsozialistischen Führung zum Ausdruck kommen wird, die die zweite Hälfte dieser Woche ausfüllen dürften. Früher ist mit einer Klärung kaum zu rechnen. Nach Auffassung gut unterrichteter Kreise besteht sogar die Möglichkeit, daß die Verhandlungen zunächst wieder vertagt werden, bis sich die innerpolitische Situation auf Grund der heute beschlossenen Maßnahmen des Reichskabinetts wieder stärker beruhigt hat. Dazu werden sicher auch, wie man erwartet, neuerliche Weisungen der nationalsozialistischen Führung beitragen, Weisungen der Art, wie sie bereits von der ostpreussischen Gauleitung erlassen worden sind. Unter diesen Umständen ist wohl sogar damit zu rechnen, daß die entscheidende Phase der Regierungsverhandlungen erst in nächster Woche heranreifen wird.

Die täglichen Attentate

Riesenrazzia im Hamburger Gängeviertel

Hamburg, 9. August. Im Hamburger Gängeviertel, das in letzter Zeit vielfach der Ausgangspunkt von Unruhen gewesen ist und in dem schon des öfteren Polizeibeamte angegriffen und in verschiedenen Fällen auch tödlich verletzt wurden, nahm die Polizei heute in den frühen Morgenstunden eine ganz großangelegte Durchsuchung vor. Nicht weniger als 1500 Polizei- und Kriminalbeamte regelten das ganze Gängeviertel ab und durchsuchten es darauf aufs gründlichste nach Waffen und verdächtigen Personen. In den Wohnungen wurden teilweise die Fußböden aufgerissen und nach Waffen durchsucht.

Hamburg, 9. August. Die große Razzia im Gängeviertel, über die bereits berichtet wurde, dauerte bis 12 Uhr. Es wurden 18 Handfeuerwaffen, 3 Militärgewehre, 2 Jagdgewehre, 7 Seitengewehre, zahlreiche Gummihäpkel, teilweise mit Blei bezog. Eisenfällung versehen, Stahlrollen, Eisenhämmer, Dolche, Schlagringe und große Mengen Munition beschlagnahmt. Bei der Durchsuchung wurden gleichfalls umfangreiche Schriften hochoverdächtigen Inhalts gefunden und beschlagnahmt. Etwa 50 Personen wurden mitgeführt. Ferner wurde im Korntrögegang eine Fallschmägerwerkstatt ausgehoben und die Fallschmäger verhaftet.

Bombenanschlag in Reichenbach i. Schles.

Breslau, 9. August. In Reichenbach wurde von einem SA-Mann auf den Redakteur des sozialdemokratischen Blattes „Der Proletarier“ ein Handgranatenanschlag versucht. Die Handgranate explodierte jedoch vorzeitig und der SA-Mann erlitt so schwere Verletzungen, daß er noch in der Nacht seinen Verletzungen erlag.

Im Wänschelburg, Kreis Neurode, wurden heute früh sieben Schüsse auf die Wohnung eines Reichsbannerführers abgegeben. Personen wurden nicht verletzt.

In Münsterberg erfolgte heute Nacht ein Feuerüberfall gegen das Haus der Münsterberger Zentrumsleitung und gegen ein Geschäftshaus. Personen wurden nicht verletzt. In Ströhen wurden die Schaufenster von zwei jüdischen Kaufleuten durch Steinwürfe zertrümmert.

In Waldenburg wurden heute Nacht wegen undeutlichen Waffenbesitzes 11 Angehörige der NSDAP festgenommen. Reichenbach i. Schles., 9. August. Die Polizei hat zu dem bereits gemeldeten Handgranatenanschlag, bei dem

der SA-Mann Jenks ums Leben kam, einen Bericht veröffentlicht, dessen Inhalt sich mit der von uns verbreiteten Meldung über den Vorgang deckt. Ergänzend ist dem amtlichen Bericht zu entnehmen, daß gegen den SA-Mann Reich Wagner aus Reichenbach i. Sa. Haftbefehl erlassen worden ist, da er in der Nähe des Tatortes gesehen worden ist und im Verdacht steht, im Einverständnis mit Jenks den Anschlag gegen den Redakteur Paschke begangen zu haben. Wagner ist flüchtig.

Bombenanschlag in Marienburg

Marienburg, 9. August. In der Nacht zum Dienstag wurde auf die Wohnung eines Bäckers ein Bombenanschlag verübt. Der 6 1/2-jährige Sohn des Bäckers wurde durch Sprengstücke am Kopf schwer verletzt. Der Bäcker gehört keiner Partei an und betätigt sich auch nicht politisch.

Ein Reichsbannermann erschossen

Räpper bei Waldenberg, 9. August. Auf den Reichsbannermann Maurer Hoffmann, Vater von vier Kindern, wurden in der vergangenen Nacht aus nächster Nähe zwei Schüsse abgefeuert. Er starb im Krankenhaus.

Neue Terrorakte in Schlesien

Gleititz, 9. August. Wie die Polizeipressestelle mitteilt, wurden heute früh in Schönwald auf die Wohnung eines Schuhmachermisters, der der Zentrumspartei angehört, Pistolen- und Karabinerschüsse abgegeben. Verletzt wurde niemand. In Hindenburg wurde heute Nacht ein Sprengkörper in das Schaufenster eines jüdischen Gemischtwarengeschäfts geworfen. Kurz darauf wurde in einem Fenster des Bureaus der Internationalen Arbeiterhilfe ein Sprengkörper zur Entzündung gebracht. In Schömburg explodierten gestern abend auf einem Gartengrundstück ein Sprengkörper zwei Kommunisten wurden als der Tat dringend verdächtig verhaftet.

Anschläge gegen Konsumvereine

Heidersdorf (Kreis Zauban), 9. August. Gegen das Konsumlager in Nieder-Heidersdorf wurden in der vergangenen Nacht eine Stielhandgranate und eine Flasche mit explosiver Flüssigkeit geworfen. Personen sind nicht verletzt worden.

Auch die Niederlassung des Konsumvereins in Marklissa bei Zauban wurde heute Nacht beschossen.